

Eröffnungsansprache Dezembersession 2024

Standespräsidentin Silvia Hofmann

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte
Geschätzte Mitglieder der Regierung
Liebe Standesvizepräsidentin
Geehrte Medienschaffende, Dolmetscherinnen und Dolmetscher
Verehrte Gäste auf der Tribüne

Speziell begrüssen möchte ich die ersten Vertreterinnen der von mir und der Standesvizepräsidentin eingeladenen Frauenvereine aus ganz Graubünden.

Heute ist eine Delegation des Bündner Bäuerinnen- und Landfrauenvereins Jenaz anwesend. Jenaz ist eine von 31 Sektionen des Vereins. Der Bündner Bäuerinnen- und Landfrauenverein wurde vor fast 100 Jahren gegründet und hat heute rund 1200 Mitglieder.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement im Dienst der Bäuerinnen und ihrer Rechte, für die dezentrale Besiedlung in unserem Kanton und die Pflege von Landschaft und Tradition. Gleichzeitig ermuntere ich Sie, Innovation und Erfinderrinnengeist zu pflegen und immer weiter zu stärken.

Weiter begrüsse ich sehr herzlich eine Delegation der Uniun da Dunnas aus Andiast. Dieser Frauenverein wurde 1969 gegründet mit dem Ziel, einen Kindergarten im Dorf zu installieren und zu finanzieren. Das ist erfolgreich gelungen und Beispiel für den wichtigen Einsatz von Frauenvereinen zugunsten von Gesellschaft und Bildung.

Ebenso freut es uns, dass eine Delegation des traditionsreichen Frauenvereins Trun heute auf der Tribüne sitzt. Hervorgegangen aus dem Katholischen Frauenverein, gegründet im Jahr 1907 – also vor 117 Jahren – hat sich der Verein wie das Pendant in Andiast bereits Anfang der 1950iger Jahre für einen Kindergarten eingesetzt, später dann mit staatsbürgerlichen Kursen auch fürs Frauenstimm- und -wahlrecht.

Allen Frauen ein herzliches Willkommen im Grossen Rat.

Das Jahr 2024 geht jetzt zu Ende.

Was für ein Jahr!

Kriege statt Frieden;

Regierungskrisen in unseren Nachbarstaaten;

Wahlen in den USA;

Überraschende Abstimmungsergebnisse in der Schweiz;

eine Parteibasis, die nicht so stimmt, wie es die Führung vorgeschlagen hat;

oder ein Volk, das seiner Regierung misstraut und ihren Empfehlungen nicht folgen mag.

In den letzten Wochen erinnerte ich mich immer wieder an ein Diktum des Schriftstellers Bertolt Brecht, der 1953, nach dem Juni-Aufstand in der DDR, in einer seiner Elegien schrieb:

«Das Volk habe das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?»

Wie schauen Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, zurück auf dieses Jahr?

Behalten Sie Ihre Hoffnung, dass es gut kommt? Oder fühlen Sie sich hoffnungslos und glauben nicht mehr daran, dass sich alles zum Besseren wendet?

Wir leben nicht in Zeiten, in denen es einfach ist, Zuversicht zu behalten oder an selbstheilende Kräfte zu glauben.

Ich persönlich lasse mir aber meine Hoffnungen nicht nehmen.

Im Lauf meines Lebens haben sich gesellschaftspolitische Werte verändert. Und zwar in einem Mass, das man in den Jahren nach 1945 nicht für möglich gehalten hat.

Das Ende des Kalten Krieges – ich bin aufgewachsen mit einer permanent spürbaren Angst vor einem Atomkrieg. Und dann kam die Friedensbewegung.

Das Frauenstimm- und -wahlrecht und das moderne Eherecht in der Schweiz – ich bin aufgewachsen in einer Familie, wo der Mann ohne Wenn und Aber das Oberhaupt war.

Das Erdölembargo, autofreie Sonntage und das Waldsterben – ich erlebte als junge Frau den Beginn der Klimaschutzbewegung und die Gründung der grünen Parteien.

Die Katastrophen der beiden Weltkriege und vor allem die Katastrophe des Holocausts, der Vernichtung des europäischen Judentums durch die Nazis, führten zu einer beispiellosen Entwicklung und Unterstützung von Institutionen, die sich bis heute für die Würde und Gleichstellung aller Menschen, für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen.

Nachdem 1945 die Charta der Vereinten Nationen im Sinne der Friedensstiftung und internationalen Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft in Kraft trat, folgte 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die UNO-Versammlung. Die Schweiz ist 2002 per Volksentscheid der UNO beigetreten und ist demnach mitbeteiligt an diesen Prozessen. Der Bundesrat hat an der letzten UNO-Vollversammlung Ende September dieses Jahres in New York die multilaterale Politik der Schweiz bekräftigt.

In der Schweiz wurde 1947 die bahnbrechende Alters- und Hinterbliebenenversicherung per Volksabstimmung gutgeheissen und 1948 eingerichtet – ein Generationenprojekt, heute und in Zukunft eine unverzichtbare Säule der Solidarität. Mit dem Splitting der Ehepaarrente und den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften verfügen die Frauen seit der 10. AHV-Revision von 1997 über ihr eigenes Rentenkonto.

Der 1949 gegründete Europarat verkündete 1950 die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, kurz EMRK, in Rom. Der Beitritt der Schweiz zum Europarat und erst recht zur EMRK war jahrelang Gegenstand heftiger Debatten im nationalen Parlament und im Bundesrat.

Schliesslich tritt die Schweiz 1963 dem Europarat bei, nicht aber der EMRK. Denn es gibt einen gewichtigen Stolperstein: das fehlende Frauenstimm- und -wahlrecht. Artikel 14 der EMRK verbietet Diskriminierung, unter anderem wegen des Geschlechts.

Als die Schweiz der EMRK 1969 beitreten will, beantragt sie aufgrund des fehlenden Frauenstimmrechts eine Ausstandsklausel. Dies führt zu heftigen Protesten der Frauen, unter anderem zum berühmten Marsch auf Bern. Frauenrechte sind eben auch Menschenrechte.

Der Bundesrat bringt daraufhin sofort eine Botschaft zur Einführung des Frauenstimmrechts in die Räte und es kommt 1971 zur Volksabstimmung. Die Schweizer Männer sagen mehrheitlich Ja.

Insgesamt 50 kantonale und zwei nationale Volksabstimmungen brauchte es für die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in der Schweiz: mit Sicherheit eine der zähesten Veränderungen helvetischer Werte.

1974 wird die Schweiz Mitglied der EMRK, der Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten in Europa.

Es sind also bedeutende politische Fortschritte hier in unserem Land möglich. Ein Merkmal bleibt sich gleich: Bei uns hat immer das stimmberechtigte Volk das letzte Wort. Und bis dahin braucht es immer mehr oder weniger lange Diskussionen in den Parlamenten. Und es geht immer um ein langsames sich Entwickeln und Auseinandersetzen.

«Demokratie ist unmöglich, wenn man nicht versteht, was ohne Demokratie möglich wird.» Diesen Satz sagte Charlotte Knobloch am Gedenkakt zur Reichspogromnacht im Alten Rathaus in München am 9. November dieses Jahres. Charlotte Knobloch ist die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.

«Demokratie ist unmöglich, wenn man nicht versteht, was ohne Demokratie möglich wird.» Diesem Satz fügte Charlotte Knobloch hinzu: «Was wir nicht verteidigen, werden wir verlieren.»

Auch wenn bei uns alles etwas langsamer geht, alles etwas länger dauert: Wir dürfen Vertrauen haben in unsere Demokratie und in unsere Institutionen.

Ich glaube aber auch: Wir müssen darin investieren. Rechtzeitig, also: immer wieder!

Erstens: Wir müssen dafür sorgen, dass unseren Kindern und Jugendlichen in der Schule die notwendigen Kompetenzen vermittelt werden. Dass die Bildung von hoher Qualität ist. Vor allem sollen Kinder und Jugendliche befähigt werden, zu verstehen, zu differenzieren und zu lernen, sich zu informieren.

Nur so entstehen die Voraussetzungen, dass sie als mündige Menschen zu Teilhaberinnen und Teilhabern unserer Demokratie werden können.

Zweitens: Wir müssen dafür sorgen, dass uns die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Qualität unserer Medien keinen weiteren Schaden erleidet. Denn ohne die Vermittlung und Einordnung von Informationen, Diskussionen und Geschehnissen auf den politischen Bühnen wie der Gemeinde, der Stadt, dem Kanton oder dem Bund fehlen die Voraussetzungen für das Mitentscheiden in unserer Demokratie.

Die Medien tragen eine herausragende Verantwortung für unsere Demokratie. Genauso wie alle Bildungsinstitutionen.

Ich möchte hier und heute meine Dankbarkeit an Sie alle zum Ausdruck bringen. Sie sind hier, weil Sie sich für unser aller Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Und Sie haben ein Gelöbnis oder einen Eid abgelegt. Ihnen ist es ernst mit unserer Demokratie.

Es gibt in Europa ein Land, das die Schweiz um Längen hinter sich lässt, wenn es um die Pflege und den Stolz auf seine Traditionen geht: es ist das Vereinigte Königreich Grossbritannien. Bekanntlich haben ja die Engländer den Parlamentarismus erfunden – nicht erst im 19. Jahrhundert, sondern bereits im Jahr 1377.

Das britische Unterhaus, das House of Commons mit seinen heute 650 Mitgliedern, wird aktuell präsiert von Sir Lindsay Hole und seinen drei Stellvertreterinnen. Sie sind seit Juli dieses Jahres neu im Amt.

Der Parlamentspräsident heisst in England «Speaker». Seine Funktion war ursprünglich nicht nur die Parlamentsleitung, sondern auch die Berichterstattung der Entscheide des House of Commons an den König oder an die Königin.

Eine äusserst gefährliche Aufgabe. Denn zwischen 1394 und 1535 wurden nicht weniger als sieben Speaker nach ihrer Berichterstattung geköpft.

So kommt es, dass der frisch gewählte Speaker noch heute seiner Freude nicht zu stark Ausdruck geben darf. Er muss sich vielmehr energisch wehren gegen seine Kolleginnen und Kollegen, die ihn aus der Mitte des Parlaments auf seinen traditionellen Stuhl geleiten wollen.

Von dort aus muss der Speaker die Parlamentssitzungen leiten und zugleich auf die Einhaltung aller Regeln im 16 Seiten umfassenden Regelwerk achten, das für Mitglieder des Parlaments gilt. So zum Beispiel die Kleiderordnung (keine Schals, keine T-Shirts, keine Turnschuhe), kein Konsumieren von Nahrung auf den Bänken und die korrekte Ansprache von Ministerinnen und anderen Mitgliedern des Parlaments.

Genau dies werde auch ich die nächsten vier Tage tun. Zum Glück ist unsere Geschäftsordnung etwas schlanker, und die Gefahr einer Hinrichtung besteht in unserem Fall auch nicht.

Ich wünsche Ihnen eine gute Session.

Damit erkläre ich die Dezembersession 2024 für eröffnet.